

Die Schweizerische Stiftung SPO-Patientenschutz sagt NEIN zur Einheitskasse

Für die Schweizerische Stiftung SPO Patientenschutz ist unbestritten, dass im Krankenversicherungswesen dringender Reformbedarf besteht und Verbesserungen erforderlich sind. Dank der Initiative haben im Parlament wichtige Reformen stattgefunden, die ohne nicht möglich gewesen wären. Deshalb lehnen wir mit gutem Gewissen die Einheitskasse ab.

Mit dem vom Parlament beschlossenen verfeinerten Risikoausgleich können die Fehlanreize zur Risikoselektion beseitigt werden und die Jagd nach guten Risiken kann unterbunden werden. Die SPO erwartet, dass diese Reform rasch umgesetzt wird.

Weiter wird ein neues griffiges Aufsichtsgesetz über die Krankenkassen in der Herbstsession beraten und verabschiedet. Dieses ist notwendig, damit der Bundesrat die Prämienhöhe, aber auch die Geschäfte der Krankenversicherungen, besser beaufsichtigen kann. Das Mehrkassensystem ist historisch gewachsen und bringt grosse Vorteile für die Patienten. Der Wettbewerb zwischen den Versicherern zwingt diese dazu, die Verwaltungskosten tief zu halten. Diese sind mit rund fünf Prozent im Vergleich mit anderen staatlichen Sozialversicherungen bereits heute mit Abstand am tiefsten. Diese werden auch mit einer staatlichen Monopolkasse nicht tiefer. Die oft kritisierten Werbekosten sind darin enthalten, ebenso die Löhne.

Mit der Einführung einer Einheitskrankenkasse würde der Wettbewerb unter den Krankenversicherern gänzlich wegfallen. Dieser ist grundsätzlich nötig, weil dadurch die Krankenkassen gezwungen werden, die Qualität ihrer Leistung ständig zu verbessern und mit den Ärzten und anderen Therapeuten attraktive Angebote zugunsten der Patientinnen und Patienten auszuarbeiten. Die hohe Qualität der medizinischen Behandlungen muss im Mittelpunkt stehen und die volle Wahlfreiheit für Versicherte und Patienten bestehen bleiben. Mit einer Einheitskasse würden die Patienten deutlich an Einfluss verlieren. Zu befürchten ist, dass insbesondere durch die Einmischung der Einheitskasse ins Patienten-, Arztverhältnis, die freie Arzt- und Therapiewahl empfindlich eingeschränkt würde. Eine öffentliche Kasse würde eine zu starke Macht erhalten und würde wie eine Behörde funktionieren. Das erfahren aktuell alle, die mit der Invalidenversicherung zu tun haben. Mit einer Einheitskasse wären Patienten auf Gedeih und Verderb den Beamten ausgeliefert. Die Kasse könnte nicht mehr gewechselt werden, nur noch zur Not der Wohnort.

Wir wollen freien Zugang zu den Leistungserbringern haben und nicht von Beamten bevormundet werden. Deshalb sagen wir **Nein** zur Einheitskasse.

Für weitere Informationen:

Margrit Kessler, Präsidentin SPO, Nationalrätin, M 079 343 85 02, margrit.kessler@spo.ch